

**Protokoll der Sitzung des Beirates Gröpelingen am 22.04.2026**  
**im „Quartiersbildungszentrum Morgenland“, Morgenlandstr. 43, 28237 Bremen**

Beginn der Sitzung: 18:30 Uhr  
Ende der Sitzung: 21:30 Uhr  
anwesend sind:

Nr.: XIV/03/26

Kristin Blank  
Marijanne Eberl  
Hanspeter Halle

Pierre Hansen  
Norbert Holzapfel  
Özlem Kara  
Arndt Overbeck

Ute Pesara  
Martin Reinekehr  
Thorsten Schildt  
Tobias Stehle

verhindert sind:

Mustafa Alkan Ertunç Nesrin Aslim Rosemarie Kwidzinski Dieter Winge Timm Brethauer  
Yakup Melith Celik

Gäste:

LPD Jan Müller – Leiter Polizeidirektion HB-Nordwest  
POR Stephan Alken – Leiter Polizeikommissariat West  
PHK Marc Niemann – Kontaktdienst Gröpelingen  
Steffen Nadrowski, Referatsleiter Stadtumbau – Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS)  
Max Polzien, Städtebauförderung - Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS)  
Heike Wohltmann – Team der IEK-Stadtteilgebietsbeauftragten / Büro plan-WerkStadt  
Felix Matthes - Team der IEK-Stadtteilgebietsbeauftragten / Forum-Bremen  
Lars Jeschke – GVP-Angelegenheiten / Ordnungsamt Bremen

**Die vorgeschlagene Tagesordnung lautet wie folgt:**

- TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung der Tagesordnung**
- TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr. XIV/02/26 vom 25.02.2026**
- TOP 3: Polizeiliche Kriminalstatistik – Vorstellung der Ergebnisse für Gröpelingen**  
LPD Jan Müller – Leiter Polizeidirektion HB-Nordwest  
POR Stephan Alken – Leiter Polizeikommissariat West
- TOP 4: Sachstand Verfahren Stadterneuerung Gröpelingen – Lindenhof**  
Steffen Nadrowski, Referatsleiter Stadtumbau – Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS)  
Max Polzien, Städtebauförderung - Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS)
- TOP 5: Aufgaben und Möglichkeiten der „Gemeinsamen Verwaltungseinheit zur Bekämpfung von Problemimmobilien“ (GVP) im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft Gröpelingen**  
Lars Jeschke – GVP-Angelegenheiten / Ordnungsamt Bremen
- TOP 6: Anträge, Anregungen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten**  
a) Jugendforum b) Bürgerinnen und Bürger c) Seniorenvertretung d) Beirat
- TOP 7: Bericht des Beiratssprechers**
- TOP 8: Verschiedenes**
- TOP 9: Verschiedenes / Mitteilungen des Amtes**
- TOP 10 Nichtöffentlich: Globalmittelentscheidungen**

**TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung der Tagesordnung**  
Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die vorgelegte Tagesordnung genehmigt.

**TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr. XIV/02/26 vom 25.02.2026**  
Das Protokoll wird mehrheitlich genehmigt (bei einer Enthaltung).

**TOP 3: Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) – Vorstellung der Ergebnisse für Gröpelingen**

Einleitend stellen die Referenten heraus, dass sich erhebliche Personal- und Sachressourcen durch die aktuellen Herausforderungen gebunden sehen, die auf Landes- und Stadtteilebene teilweise auch ihren Niederschlag finden.

Hierzu zählen neben hybriden Bedrohungslagen durch externe staatliche Akteure im Zeichen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und des Nahostkonfliktes auch erfreulichere Aspekte, etwa die Vorbereitungen auf die Feierlichkeiten rd. um den Tag der Deutschen Einheit, welche in diesem Jahr das Bundesland Bremen ausrichten darf.

Von den Arbeitsvolumina im Bremer Westen entfällt rund ein Drittel auf die „Sicherheitspartnerschaft Gröpelingen“, einem auf Dauer angelegten behördenübergreifenden Netzwerk, das sich der Bekämpfung von Missständen widmet, die gemäß Zuständigkeit verschiedene Behörden tangieren (u.a. Überbelegung, Vermüllung und Drogenbekämpfung).

Zum Gesamtbild trägt auch bei, dass der gesellschaftliche Ton inzwischen „rauer“ geworden ist und die Aggressionsschwellen sinken, was beispielsweise mit sich bringen kann, dass im Interesse an der Eigensicherung gelegentlich bis zu drei Streifenwagen an einen potentiellen Einsatzort geschickt werden müssen.

Aus einsatztaktischen Erwägungen muss bei der Darstellung der PKS von einer Spezifizierung von Zahlen und der Benennung von konkreten Einsatzorten abgesehen werden.

Bei der Einsatzlage zeigt sich hinsichtlich der Beanspruchung von 110-er Rufbereitschaften gegenüber anderen Stadtteilen „kein Ausreißer nach oben“, allerdings ist in absoluten Zahlen gegenüber dem Gesamtjahreszeitraum 2024 summarisch eine Steigerung an Einsätzen um 7% zu verzeichnen.

Herausgestellt wird den Steigerungen zum Trotz der Umstand, dass in Einsatzkategorie 1 („Leib und Leben“) zu mehr als 80% der Standard gehalten werden konnte, die Einsatzorte binnen acht Minuten zu erreichen. Dabei wird allerdings eingeräumt, dass diese Erfolgsquote unvermeidlich durch Abbrüche in Einsatzkategorien rangniederer Kategorien „erkaufte“ werden musste, in denen folglich das selbstgesteckte Ziel verfehlt wurde.

Positiv vermerkt wird derweil der hohe Zuspruch der zentralen Anzeigenaufnahmestelle, die im November 2025 im Kommissariat West ihre Pforten öffnete. Allein im ersten Quartal 2026 wurden über 300 Anzeigen gestellt.

Obgleich die Fallzahlen insgesamt eine rückläufige Entwicklung aufweisen, wird die Anzahl der Rohheitsdelikte, darunter die der Raubstraftaten, kritisch eingeschätzt. In letztgenanntem Feld können Intensivtäter numerisch stark ins Kontor schlagen. Um einen solchen Fall handelte es sich bei dem „Taxiräuber“ der zwischenzeitlich dingfest gemacht werden konnte, in Vorbereitung seiner Ergreifung allerdings erhebliche zeitliche und personelle Ressourcen band.

Körperverletzungen nehmen zwar zu, ereignen sich aber zumeist „milieuimmanent“, so dass sich für Unbeteiligte im Regelfall keine unmittelbaren Gefährdungslagen ergeben.

Außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung allerdings, lässt sich anhand der PKS auch ein Anstieg der Familien-/Partnerschaftsdelikte verzeichnen, die sich wiederum in der Zahl eröffneter Gewaltschutzverfahren spiegeln. Einschränkend wird allerdings vermerkt, dass sich infolge der veränderten Gesetzeslage und einer sich

daraus ergebenden polizeilichen Handhabe lediglich eine Verschiebung ehemals bestehender Straftaten ins Hellfeld konstatieren lässt („Delikte dieses modus operandi scheinen sich zu erhöhen, sie waren aber immer schon da“).

Dies gilt auch für Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, in deren Bereich das Dunkelfeld immer noch sehr hoch veranschlagt werden muss.

Die Zahl an gefährlichen Körperverletzungen hat sich in etwa auf das Niveau der Vor-„Corona“-Zeit eingependelt, derweil lässt die Anzahl beschlagnahmter Stichwaffen am besonderen Kontrollort „Bürgermeister-Koschnick-Platz“ auf eine bedenklich breite Änderung in der Einstellung ihrer Träger schließen, die sich den Einsatzkräften gegenüber häufig mit dem Hinweis rechtfertigen, „sich ja gegen mögliche Angreifer verteidigen zu müssen“.

Die beklagte gesellschaftliche Verrohung findet auch in einer wachsenden Zahl von Angriffen gegen Einsatzkräfte ihren sichtbaren Niederschlag – hier bildet Gröpelingen gegenüber anderen Stadtteilen bedauerlicherweise keine Ausnahme.

Bei den Eigentumsdelikten zeigt sich ein durchwachsendes Bild. Während die Zahl von Ladendiebstählen erkennbar rückgängig ist (die Einlassungen der Täter lassen überwiegend auf Tatbegehung aus Armut schließen), verharren Einbruchsdelikte als Ausdruck von Beschaffungskriminalität auf anhaltend hohem Niveau.

Neben Einbrüchen in Wohnungen, Kellerräume und Werkstätten nimmt einen hohen Anteil die Zahl an Fahrzeugaufbrüchen ein, die nach polizeilichen Erfahrungssätzen in der Regel eine Dauer von fünf Sekunden haben.

Die Aufklärungsquote auf diesem Feld ist erfreulicherweise insgesamt gestiegen. Mit Bedauern wird allerdings vermerkt, dass polizeiliche Präventionsangebote, die sich vor allem an Privathaushalte und Gewerbebetriebe richten, nicht in gewünschtem Rahmen angenommen wurden.

#### **TOP 4: Sachstand Verfahren Stadterneuerung Gröpelingen – Lindenhof**

Nach den einleitenden Worten der Referatsleitung „Stadtumbau“, der auf die Genese des „Integrierten Entwicklungskonzeptes“ (IEK) als dem handlungsleitenden Programm eingeht, erläutern die Referenten das Gesamtvorhaben anhand einer computergebundenen Präsentation (Anlage 1).

Die „vorbereitende Untersuchung“ zur Ausweisung eines Stadtquartiers als Sanierungsgebiet ist über das Baugesetzbuch zwingend vorgeschrieben. Hierbei sind die Defizite des zu untersuchenden Bereichs zu sondieren. Dabei wird eine Reihe von Aspekten, die eine Verbesserung der Lebensqualität zum Inhalt haben, reflektiert und nehmen im Kern analoge Zielstellungen zur „Sicherheitspartnerschaft“ in den Blick: Klimaanpassungserfordernisse, vernachlässigte Problemimmobilien, Müllproblematiken etc.

In Abgrenzung zu den Handlungskonzepten der Eingriffsverwaltung ist das Steuerungsmedium in diesem Fall überwiegend ein System von Positivanreizen, welche über eine Förderkulisse bereitgestellt werden. Den konzeptionellen Rahmen für das Förderungsprogramm in seiner räumlichen Fassung und thematischen Umsetzung bietet das IEK.

Die Bündelung der Bedarfe für das Liegnitzquartier vollzieht sich in einem voraussetzungsvollen Erarbeitungsprozess, der eine Bestandserhebung, Gespräche mit Betroffenen und die Abstimmung der beteiligten Fachressorts beinhaltet, die im Ergebnis eine konzertierte Umsetzung gewährleisten.

Vor der Osterpause wurden bereits zwei Eigentümer-orientierte Veranstaltungen abgehalten, die über das Vorgehen informieren.

Das Angebot der Hochschule Bremen, im Mai/Juni eine aktivierende Befragung durch Studenten der Hochschule Bremen in ausgewählten Straßenzügen durchzuführen, erscheint geeignet, den Datenfundus ergänzen.

**TOP 5: Aufgaben und Möglichkeiten der „Gemeinsamen Verwaltungseinheit zur Bekämpfung von Problemimmobilien“ (GVP) im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft Gröpelingen**

Der Referent stellt die Handlungsfelder, die mit dem Sammelwort „Problemimmobilien“ erfasst werden vor, denen drei verschiedene Rechtsgebiete zugrunde liegen:

- das Bauordnungsrecht, das nach wie vor von der Bauaufsicht wahrgenommen wird.
- der Wohnraumschutz zur Bekämpfung von Zweckentfremdungen von Wohnimmobilien, bspw. in Fällen einer Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen oder für eine gewerbliche Nutzung, aber auch unvertretbar lange Leerstände.
- die Wohnraumaufsicht, die sich gegen eine Verwahrlosung von Immobilien richtet, gleichzeitig aber auch einer Überbelegung von Wohnraum, etwa durch die gesetzliche Normierung von 9 qm Mindestgrundfläche pro Person, entgegen treten soll.

33 Immobilien, die für das Stadtteilgebiet Gröpelingen als problematisch benannt wurden, „arbeitet“ die GVP derzeit nach und nach ab.

Der Referent betont, dass sich aufgrund der verschiedenartigen „Hauskulturen“ der beteiligten Behörden und Ämter, erst nach und nach ein abgestimmtes Miteinander der Akteure entwickelt.

Nach der Erfassung der gemeldeten Objekte, werden problematisch eingeschätzte Gebäude im Rahmen im Zusammenwirken mehrerer Verwaltungen durchsucht, die vorgefundenen Missstände dokumentiert. Dem Eigentümer wird sodann unter Fristsetzung aufgegeben, diese abzustellen. Zum „schärfsten Schwert“ unter den rechtlich vorgehaltenen Maßnahmen, dem Aussprechen einer Unbewohnbarkeitserklärung, zu dem nur im äußersten Fall gegriffen wird. Dabei müssen vorhandene „Mieten“ woanders untergebracht werden.

Im Lindenhofquartier konnten bereits die ersten erfolgreichen Schwerpunktaktionen zum Abschluss gebracht werden.

**TOP 6: Anträge, Anregungen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten**

a) Jugendforum:

Hierzu liegt nichts vor.

b) BürgerInnen:

Es liegen keine Anträge aus dem Publikum vor.

c) Seniorenvertretung:

Hierzu liegt nichts vor.

d) Beirat:

- Fraktion „Die Linke“:

Berichtsbitte zum Sachstandsbericht des Genehmigungsverfahrens für den Betrieb der Black Forxx GmbH am Standort Hüttenstr. 110:

Zustimmung (mehrheitliche Beschlussfassung bei zwei Gegenstimmen).

- Fraktion „Die Linke“:

Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung, Ergänzung zu § 7 (Sitzungsniederschrift / Beschlussprotokoll) zur Sicherstellung der Transparenz von Behördenantworten (Anlage 2):

Dieser Antrag wird nach kurzer Aussprache zurückgezogen. Die Diskussion über eine Feststellung, was den Transparenzgrundsätzen bei Weitergabe von behördlichen Antworten entspricht und daher über den Beirat hinaus in die Öffentlichkeit gegeben werden kann, ist derzeit im Fluss. Die Ortsamtsleiterin sichert zu, hier einen Vorschlag zu unterbreiten. Der Beirat nimmt Kenntnis.

- Fraktion „Die Linke“:  
Berichtsbitte des Beirats Gröpelingen zur Verteilung ordnungsbehördlicher Einsatzressourcen im Stadtgebiet Bremen (Anlage 3):  
Zustimmung (einstimmige Beschlussfassung).
- Fraktion Bd. 90/Die Grünen:  
Sachstand zur Planung der Fahrradpremiumroute (Anlage 4):  
Zustimmung  
(einstimmige Beschlussfassung).
- Fraktion Bd. 90 / Die Grünen:  
Aufnahme verschiedener Maßnahmen in das Stadtteilbudget für Verkehrsangelegenheiten (Anlage 5):  
Zustimmung (einstimmige Beschlussfassung).
- Interfraktioneller Antrag:  
Sicherstellung und ressortübergreifende Finanzierung der Kinder und Jugendfarmen in Bremen, insbesondere der Erlebnisfarm Ohlenhof (Anlage 6):  
Zustimmung (einstimmige Beschlussfassung).
- Interfraktioneller Antrag:  
Schutz der Gesundheit im Stadtteil sicherstellen. Umsetzung europarechtlicher Umweltstandards und Behebung bestehender Vollzugsdefizite (Anlage 7):  
Zustimmung (einstimmige Beschlussfassung).
- Interfraktioneller Antrag:  
Kumulative Lärm- und Schadstoffbelastung im Industriehafen durch Anlagen der TSR Group – Überprüfung immissionsschutzrechtlicher Maßnahmen und Auskunftersuchen (Anlage 8):  
Zustimmung (einstimmige Beschlussfassung).

#### TOP 7: **Bericht des Beiratssprechers**

Der Beiratssprecher geht in seinem Bericht auf folgende stadtteilrelevante Punkte ein:

- Personalausstattung Ortsamt West:  
Derzeit sind zwei Vakanzen (im Team „Gröpelingen“ und im Querschnittsteam „Bildung“) zu verzeichnen, insofern sieht sich das „Rumpf“-Team des Orsamtes mit einer spürbaren Mehrbelastung durch die unverändert anfallenden Arbeiten konfrontiert. Die Idee eines politischen Vorstoßes, der auf eine Teilung des Orsamtes abzielt, um eine äquivalente Belastungssituation beispielsweise zu den drei Ortsämtern im Bremer Norden herzustellen, wird als Vorschlag in den Raum gestellt.
- Problemimmobilien:  
Der Beiratssprecher macht auf mehrere Problemimmobilien aufmerksam, bei denen aus rechtlichen Gründen nur schleppend Fortschritte im Hinblick auf Abriss und Neuverwertung der Flächen bemerkbar sind (Gröpelinger Heerstr. 211/211a und das „Koschnick-Haus“ in der Geeststraße).
- Drogenhilfekonzert:  
Verschiedene leerstehende Immobilien im Stadtteil, die im Rahmen der Drogenhilfestrategie des Gesundheitsressorts als Anlaufpunkt für eine stundenweise Erholung und medizinische Hilfestellungen zugunsten der Suchterkrankten im Stadtteil in Betracht kommen, werden im Dialog zwischen Fachbehörden und Beirat derzeit sondiert.

Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

#### TOP 8: **Verschiedenes**

- Die Ortsamtsleitung weist auf den Termin zur Einweihungsveranstaltung der Pinguin-Skulptur auf dem Bürgermeister-Koschnick-Platz am 28.04.2026 hin. Es beginnt mit einem Stadtteilrundgang ab 15:00 Uhr (Treffpunkt Torhaus Liegnitzstr.

und endet in der zentralen Einweihungsfeier auf dem Bürgermeister-Koschnick-Platz, ab 16:10 Uhr im Beisein von Kulturstaatsrätin Carmen Emigholz.

- Hanspeter Halle berichtet in seiner Eigenschaft als Delegierter für den „LIGA“-Beirat von der jüngsten Gremiumstagung:  
Das Gesundheitsberatungszentrum erhält perspektivisch einen anderen Namen. Die weitere Planung im Hinblick auf Erweiterung und räumliche Veränderung ist derzeit noch auf „Standby“ geschaltet, bis das IEK die hierfür vorgesehenen Gelder freigibt. Die laufenden Mietausgaben sind hiervon nicht berührt und gelangen auch weiterhin zur Auszahlung.
- Die CDU-Fraktion regt an, gestützt auf das Bremer Krebsregister, eine Befassung mit stadtteilpolitischem Schwerpunkt im zuständigen Fachausschuss „Gesundheit“ vorzumerken. Aus den Reihen des Beirats wird die CDU aufgefordert einen solchen Wunsch mit konkreten Fragen entsprechend vorzubereiten.

#### **TOP 9    Verschiedenes / Mitteilungen des Amtes**

##### Personelle Änderungen im Beirat und den angeschlossenen Gremien:

- Linksfraktion: Thorsten Schildt (bislang Sachkundiger Bürger) rückt nach der Demission von Marina Grünewald als Listennachfolger in den (Voll-)Beirat auf.
- Linksfraktion: Yakup Celik (bislang parteilos) - Wechsel zur Linksfraktion;
- CDU-Fraktion: Austritt von Ute Pesara – Weiterhin Mitglied im Beirat, als „§23.5-Fall“
- SPD-Fraktion: Nach dem Rückzug von Torsten Staack im FA „Verkehr und Umwelt“ Kristin Blank. Für den FA „Arbeit, Wirtschaft und Soziales“ wird Chiara Klautzsch als sachkundige Bürgerin vorgeschlagen. Der Beirat stimmt zu.
- CDU-Fraktion: Thomas Schaechter gibt seinen Rückzug aus der Seniorenvertretung des Beirates bekannt. Die Fraktionen können für die vakant gewordene Stelle einen Nachfolger benennen.

#### **TOP 10:    Bereits durch das Ortsamt an die Mitglieder des Beirates kommuniziert (z.K.):** Hierzu liegt nichts vor.

Vorsitz:

Beiratssprecher:

Protokoll:

\_\_\_\_\_  
Cornelia Wiedemeyer

\_\_\_\_\_  
Martin Reinekehr

\_\_\_\_\_  
Ingo Wilhelms

